

Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Herbstsession 2018

Im **Nationalrat** wurden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Besonders zu erwähnen sind zwei Vorstösse, die sich mit der Einführung eines dritten Geschlechts oder einer dritten Geschlechtsidentität im Personenstandsregister und deren Auswirkungen befassen. Der Nationalrat hat beide Vorstösse gegen den Willen der SVP angenommen (Postulat Arslan: [Drittes Geschlecht im Personenstandsregister](#) und Postulat Ruiz: [Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar](#)). Weiter hat der Nationalrat der Erweiterung des Artikels «Rassendiskriminierung» im Strafgesetzbuch zugestimmt. Neben Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung soll auch die Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt werden. Als nächstes wird sich der Ständerat mit der Vorlage beschäftigen. Die Gesetzesänderung beruht auf der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Mathias Reynard (SP) «[Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung](#)».

Ebenfalls überwiesen hat der Nationalrat das Postulat von Nationalrätin Nathalie Rickli «[Massnahmen gegen Mädchenbeschneidungen](#)». Dieses fordert vom Bundesrat in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen Mädchen und Frauen besser vor Genitalverstümmelung geschützt werden können.

Mit 94 zu 89 Stimmen bei 7 Enthaltungen lehnte der Nationalrat jedoch die Motion «[Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen](#)», welche sich für einen stärkeren Jugendschutz im Bereich Tabakproduktwerbung einsetzen wollte.

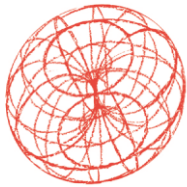
Der **Ständerat** will die [Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessern](#), die über das Ausländerrecht in die Schweiz einwandern. Wie erwartet hat er die Motion der eigenen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-SR) angenommen. Diese soll sich in der Zielsetzung an der Integrationsagenda für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene orientieren. Im Gegenzug lehnt er die Motion der nationalrätlichen WBK ab ([Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen](#)). Dies mit der Begründung, dass die Forderungen dieser Motion mit der Verabschiedung der Integrationsagenda weitgehend erfüllt sind.

Abgelehnt hat der Ständerat auch die Motion „[ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen angepackt werden](#)“. Der Ständerat lehnt es ab in die Behandlungsfreiheit der Ärzte einzugreifen.

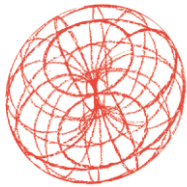
In den Schlussabstimmungen haben die Räte zudem die „[Verlängerung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#)“ verabschiedet. Somit wird das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung um weitere vier Jahre verlängert.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

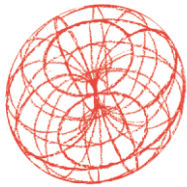
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



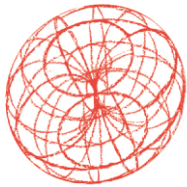
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.09.2018	<p>17.440 (Parlamentarische Initiative Fraktion Grüne): Bundesgesetz zur Hanfregulierung (neues Schweizer Hanfgesetz). Die Initiative verlangt, dass ein Bundesgesetz zur umfassenden Regulierung von Hanf (Cannabis) auszuarbeiten ist, das den Anbau, Handel, Konsum, Jugendschutz und die Besteuerung regelt. Dabei soll das neue Hanfgesetz insbesondere die Bereiche Produktion, Qualitätskontrolle, Prävention und Jugendschutz, Forschung und Anwendung für medizinische Zwecke sowie die Besteuerung regeln. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beantragt mit 11 zu 14 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben. Nun berät der Nationalrat zum ersten Mal die Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat folgte der Empfehlung der vorberatenden Kommission mit 104 zu 86 Stimmen und gibt dem Geschäft keine Folge. Das Geschäft ist somit erledigt. 	<p>16.3212 (Motion Wehrli): Kindesunterhalt. Änderung von Artikel 277 ZGB, um die Ungleichbehandlung von Eltern mit Kindern in Ausbildung und Eltern mit Kindern, die nicht in Ausbildung sind, zu beseitigen. Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten eine Änderung von Artikel 277 Absatz 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) vorzuschlagen, sodass Eltern auch dann bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs ihres Kindes für seinen Unterhalt aufkommen müssen, wenn es mittellos ist. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats hat der Nationalrat die Vorlage angenommen. Der Ständerat befasst sich nun als Zweitrat mit der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat ist der vorberatenden Kommission gefolgt und hat sich gegen die Motion ausgesprochen.
13.09.2018	<p>17.489 (Parlamentarische Initiative Steinemann): Keine minderjährigen Sozialhilfebezüger erleichtert einbürgern. Die Initiative fordert, dass Artikel 24a des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) wie folgt geändert wird: Art. 24a, Abs. 2 (neu) «Die materiellen Voraussetzungen des BüG gelten sowohl für die volljährigen als auch für die minderjährigen Personen der dritten Ausländergeneration». Die Initiative fordert, dass Kinder der dritten Ausländergeneration nicht erleichtert eingebürgert werden, wenn ihre Eltern Sozialhilfe beziehen. Die staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Der Nationalrat befasst sich nun erstmals mit der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat folgte der Staatspolitischen Kommission und lehnt die Initiative mit 112 zu 67 Stimmen ab. Das Geschäft ist somit erledigt. 	



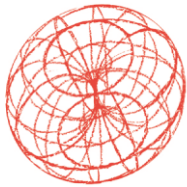
Datum	Nationalrat	Ständerat
17.09.2018	<p><u>17.4121</u> (Postulat Arslan): Drittes Geschlecht im Personenstandsregister</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Folgen darzulegen, wenn Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtssystem einordnen lassen (wollen), die Möglichkeit haben, sich mit einem dritten Geschlecht oder ganz ohne Geschlecht ins Personenstandsregister einzutragen. Im Bericht ist darzulegen, welche Schwierigkeiten durch eine solche Erweiterung entstünden und wie diese beseitigt werden könnten. Dabei sind auch die Entwicklungen und Erfahrungen des Auslands miteinzubeziehen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt gegen den Willen der SVP dem Antrag des Bundesrats und überweist das Postulat. <p><u>17.4185</u> (Postulat Ruiz): Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der prüft, welche gesetzlichen Änderungen und welche Anpassungen im elektronischen Personenstandsregister (Infostar) im Falle folgender Massnahmen nötig wären: die Einführung einer dritten Geschlechtsidentität im Personenstandsregister, der vollständige Verzicht auf die Angabe des Geschlechts im Register oder ein vorübergehender Aufschub des Eintrags bei neugeborenen Intersexuellen. Der Bericht soll einen Überblick geben über die zu erwartenden Kosten, die für die Umsetzung dieser Änderungen benötigte Zeit und die zusätzlichen Konsequenzen, die sich für die Infrastruktur der Register in der Schweiz ergeben würden. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt gegen den Willen der SVP dem Antrag des Bundesrats und überweist das Postulat.	-



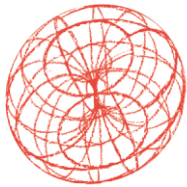
Datum	Nationalrat	Ständerat
17.09.2018	<p><u>17.3992</u> (Motion Fehlmann Rielle): Definition von Vergewaltigung im Schweizer Recht: Das Gesetz muss geändert werden.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) mit dem Inhalt vorzulegen, die Definition der Vergewaltigung breiter zu fassen und sie auf die sexuelle Nötigung auszuweiten - unabhängig vom Geschlecht des Opfers. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion und hat das Anliegen bereits in die Gesetzesrevision aufgenommen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt der Empfehlung des Bundesrats und überweist die Motion an den Zweirat. Als nächstes wird sich der Ständerat damit befassen. <p><u>16.3916</u> (Motion Rickli): Verbot von Kinderehen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament folgende Revision von Artikel 105 Ziffer 6 ZGB (Minderjährigkeit als Grund für unbefristete Eheungültigkeit) vorzulegen:</p> <p>6. einer der Ehegatten minderjährig ist. (Der zweite Teil des Satzes "es sei denn, die Weiterführung der Ehe entspricht den überwiegenden Interessen dieses Ehegatten" ist zu streichen). Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Motion wurde im Nationalrat während der Herbstsession noch nicht behandelt. <p><u>17.3375</u> (Motion Regazzi): Pädophilen soll der Pass entzogen werden.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Pädophilie verurteilt sind, der Pass entzogen wird, um zu verhindern, dass sie ins Ausland reisen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat wird sich erstmals mit der Vorlage befassen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Motion wurde im Nationalrat während der Herbstsession noch nicht behandelt.	



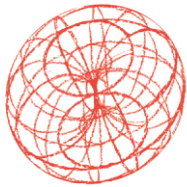
Datum	Nationalrat	Ständerat
17.09.2018	<p>17.3217 (Motion Mazzone): Verschwinden von unbegleiteten Minderjährigen. Für das Wohl der Kinder den Kampf gegen dieses besorgniserregende Phänomen aufnehmen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, um im übergeordneten Interesse dieser Kinder gegen das Verschwinden von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) vorzugehen. Dazu zählt insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none">1. das Sicherstellen, dass die Kantone sofort ein Suchverfahren einleiten, wenn ein Kind verschwindet;2. die Harmonisierung der Betreuung von UMA in den Kantonen, um schweizweit eine gesetzliche Vertretung, Unterbringung, Betreuung und Begleitung zu gewährleisten;3. das Informieren der UMA in den ersten Tagen nach ihrer Aufnahme über die Betreuungsmodalitäten und die Risiken, denen sie bei Verschwindens ausgesetzt wären;4. das Erstellen einer zentralisierten Datenbank, in der insbesondere die Empfangs- und Schutzmassnahmen für jedes Kind festgehalten werden und mit der die Entwicklungen im Asylverfahren nachverfolgt werden können, damit eine Identifizierung gefährdeter Kinder möglich ist und beim Verschwinden schnell und koordiniert gehandelt werden kann;5. das Verfassen von Richtlinien für die Kantone über die im Verschwindensfall zu ergreifenden Massnahmen. <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat wird sich erstmals mit der Vorlage befassen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Motion wurde im Nationalrat während der Herbstsession noch nicht behandelt.	



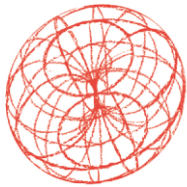
Datum	Nationalrat	Ständerat
18.09.2018	-	<p><u>17.497</u> (Parlamentarische Initiative WBK): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes.</p> <p>Die Initiative fordert, dass das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung über den 31. Januar 2019 hinaus um vier zusätzliche Jahre verlängert wird. Ziel der Vorlage ist es, die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder zu fördern und den Eltern so zu ermöglichen, Familie und Beruf oder Ausbildung besser miteinander zu vereinbaren. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat zugestimmt, einen Erlassentwurf auszuarbeiten. Die ständerrätliche Schwesterkommission hat dem zugestimmt. Der Nationalrat hat in der Sommersession einer Verlängerung des Impulsprogramms mit 103 zu 89 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die Vorlage wird nun vom Ständerat behandelt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen, das Impulsprogramm um weitere vier Jahre zu verlängern. Mit 27 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung folgte die kleine Kammer ihrer Bildungskommission. SVP und FDP waren wie bereits im Nationalrat gegen eine Verlängerung des Verpflichtungskredits in Höhe von 124,5 Millionen Franken. Damit ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung. <p><u>15.4229</u> (Motion Herzog): ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen nun angepackt werden.</p> <p>Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die wirklichen Ursachen, die sich hinter der Diagnose ADHS verbergen, angepackt werden. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats hat der Nationalrat der Motion mit 90 zu 81 Stimmen zugestimmt. Nun behandelt der Ständerat die Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat lehnt es ab, in die Behandlungsfreiheit der Ärzte einzugreifen und lehnt die Motion Herzog ab. Das Geschäft ist somit erledigt.



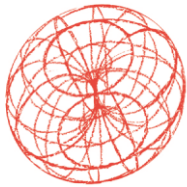
Datum	Nationalrat	Ständerat
		<p><u>18.3454</u> (Interpellation Eder): Dringliche Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor E-Zigaretten.</p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) hat in seinem Urteil vom 24. April 2018 die Allgemeinverfügung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) zu E-Zigaretten aufgehoben. Damit wird, gestützt auf das Cassis-de-Dijon-Prinzip, der Import und Vertrieb von nikotinhaltenen E-Zigaretten aus der EU in der Schweiz ab sofort schrankenlos zugelassen. Grundsätzlich sollten die erforderlichen technischen Anforderungen an E-Zigaretten sowie Einschränkungen in Bezug auf Werbung und Abgabe an Minderjährige im geplanten Tabakproduktegesetz geregelt werden. Mit einer Inkraftsetzung dieses Gesetzes ist aber in nächster Zeit nicht zu rechnen.</p> <p>Durch das BVG-Urteil haben Kinder und Jugendliche zum jetzigen Zeitpunkt uneingeschränkt und einfach Zugang zu diesen Produkten. Zudem ist davon auszugehen, dass sich neue Anbieter auf dem Markt der Wichtigkeit des Kinder- und Jugendschutzes nicht oder zu wenig bewusst sind. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, die folgenden Fragen zu beantworten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Welche dringlichen Massnahmen hat er im Bereich des Importes und Vertriebes ergriffen oder gedenkt er zu ergreifen, um Kinder und Jugendliche zu schützen?2. Ist er bereit, mit der Tabakindustrie und dem Tabakwarenhandel einen Runden Tisch einzuberufen, um die Selbstregulierung der Industrie auf die neuen Produkte auszuweiten und ein Mindestalter von 18 Jahren für Tabakprodukte und E-Zigaretten sicherzustellen? <p>➤ Die Interpellation wird im Ständerat behandelt und ist somit erledigt. → Antwort des Bundesrats.</p>



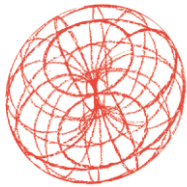
Datum	Nationalrat	Ständerat
		<p><u>18.3541</u> (Interpellation Müller): Verbesserungen des KJFG prüfen</p> <p>Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz KJFG, sieht gemäss Artikel 24 eine regelmässige Evaluation der im Rahmen dieses Gesetzes gewährten Finanzhilfen und getroffenen Massnahmen auf ihre Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vor. Das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV führt diese Evaluation in diesem Jahr erstmals durch. Die Interpellation fordert, dass die Evaluation des KJFG auch dazu genutzt wird, um neben Verbesserungen in der Umsetzung auch Verbesserungen am Gesetz selber vorzunehmen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Interpellation wird im Ständerat behandelt und ist somit erledigt. → Antwort des Bundesrats.



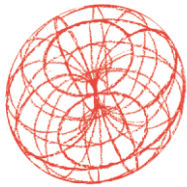
Datum	Nationalrat	Ständerat
19.09.2018	<p><u>17.3860</u> (Motion Baumann): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung.</p> <p>Der Bundesrat wird aufgefordert, das Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG; SR 836.2) so zu ändern, dass in allen Kantonen ein voller Lastenausgleich zwischen den Kassen eingeführt wird. Ziel der Änderung ist, dass dank dem vollen Lastenausgleich alle Arbeitgeber und ihre Familienausgleichskasse innerhalb des Kantons mittel- und langfristig eine sehr ähnliche Beitragsbelastung aufweisen. Entgegen der Empfehlung des Bundesrats hat der Ständerat die Motion mit 20 zu 18 Stimmen angenommen. Der Nationalrat befasst sich erstmals mit der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Ständerat und überweist die Motion mit 137 zu 33 Stimmen bei 3 Enthaltungen. <p><u>17.4268</u> (Motion Gugger): Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen.</p> <p>Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten in Print- und Online-Produkten (inklusive Publireportagen, Social Media und Apps), welche Minderjährigen leicht zugänglich sind, verboten wird. Als "leicht zugänglich" gelten Print- und Online-Produkte, welche weder über Bezahl-Abonnemente noch über eine andere Form der persönlichen Identifizierung verfügen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat will entgegen der Empfehlung des Bundesrats die Tabakwerbung nicht stärker regeln und lehnt die Motion Gugger mit 94 zu 89 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Das Geschäft ist somit erledigt.	<p><i>Gemeinsame Beratung von Motion 18.2707 und Motion 18.3911:</i></p> <p><u>18.3707</u> (Motion WBK-SR): Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen eine Lösung für die Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten zu erarbeiten, die sich in der Zielsetzung an der Integrationsagenda orientiert.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat will die Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessern, die über das Ausländerrecht in die Schweiz einwandern. Diese soll sich in der Zielsetzung an der Integrationsagenda für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene orientieren. Die kleine Kammer stimmte der Motion mit 34 zu 1 Stimme zu. <p><u>18.3911</u> (Motion WBK-NR): Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt mit den Kantonen die Zuständigkeit für die Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmaßnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären und die Beiträge an die Integrationsleistungen, welche durch die Regelstrukturen im Bildungsbereich erbracht werden, substanziell zu erhöhen. Die Finanzierung der zusätzlichen Integrationsleistungen soll über das Budget des Staatssekretariats für Migration garantiert werden. Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, der Nationalrat hat die Vorlage bereits überwiesen. Die Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Ständerats empfiehlt die Motion einstimmig zur Ablehnung, da sie mit der Verabschiedung der Integrationsagenda weitgehend erfüllt sei.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat lehnt die Motion aus oben genannten Gründen stillschweigend ab.



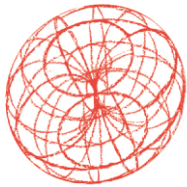
Datum	Nationalrat	Ständerat
20.09.2018	<p><u>16.4114</u> (Motion Reynard): Organisation einer dringlichen nationalen Konferenz zur erleichterten Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine dringliche nationale Konferenz zu organisieren, die den Zugang von Flüchtlingen zur Bildung zum Inhalt hat und alle betroffenen Akteure zusammenbringt. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Motion mit 122 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab. Der Rat sieht das Anliegen der Motion durch die laufenden Projekte erfüllt. <p><u>17.3099</u> (Motion Fraktion SVP): Aufenthaltsbewilligungen für Sans-Papiers. Schluss mit der Genfer Praxis.</p> <p>In Genf läuft zurzeit ein Pilotprojekt, in dem, mit Einverständnis des Bundesrats und basierend auf Artikel 30 des Ausländergesetzes, zahlreiche Aufenthaltsbewilligungen an gut integrierte Ausländer und Ausländerinnen vergeben werden, die sich illegal in Genf aufhalten. Die Motion fordert die sofortige Einstellung des Genfer Pilotprojekts. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Motion mit 125 zu 62 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
25.09.2018	<p>13.407 (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 2015 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm entsprechend zu erweitern. In der Zwischenzeit hat die Kommission die Umsetzung ausgearbeitet.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Neben Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung soll auch Diskriminierung wegen Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt werden. Die grosse Kammer hiess mit 118 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen Gesetzesentwurf gut, zu dem Mathias Reynard 2013 mit einer parlamentarischen Initiative Anstoss gegeben hatte. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.	-
26.09.2018	<p>18.3391 (Postulat WBK-NR): Harmonisierung der Stipendienvergabe. Ist das Ziel erreicht? Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Harmonisierung der von den Kantonen vergebenen Stipendien zu erstellen. In diesem Bericht zieht er Bilanz über die Fortschritte bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat), berichtet über die Umsetzung des Konkordats sowie über die Entwicklung der Ausbildungsbeiträge im Verhältnis zur Anzahl der in Ausbildung befindlichen Personen. Zudem legt er dar, ob insbesondere bei den Grundsätzen für die Berechnung der Stipendien, aber auch bei den Sozialhilfebeiträgen weiterhin grosse Unterschiede bestehen. Schliesslich prüft er Massnahmen mit denen die Harmonisierung im Rahmen des Interkantonalen Konkordats oder des Ausbildungsbeitragsgesetzes besser gefördert werden kann.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat lehnt das Postulat 106 zu 76 Stimmen ab. Gemäss Bundesrat sind die Harmonisierungsarbeiten weit fortgeschritten.	<p>15.483 (Parlamentarische Initiative Rutz): Keine staatlichen Subventionen für Parteien und politische Organisationen. Die parlamentarische Initiative fordert eine Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG), so dass keine Finanzhilfen mehr an Vereinigungen ausgerichtet werden, welche politische Zielsetzungen verfolgen. Die vorbehandelnde staatspolitische Kommission des Nationalrats sowie der Nationalrat gaben der Vorlage Folge. Die staatspolitische Kommission des Ständerats empfiehlt ihrem Rat jedoch, keine Folge zu geben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat folgt seiner Kommission und gibt dem Vorstoss mit 32 zu 5 Stimmen keine Folge. Jugendorganisationen mit politischen Zielsetzungen sollen weiterhin Unterstützung vom Bund erhalten. Das Geschäft ist somit erledigt.



Datum	Nationalrat	Ständerat
27.09.2018	<p>17.3458 (Motion Nantermod): Lernfahrausweis ab 16 Jahren. Im Rahmen der Revision der Führerausweisvorschriften, die zurzeit in der Vernehmlassung ist, wird der Bundesrat aufgefordert, die Möglichkeit eines Lernfahrausweises ab 16 Jahren zu prüfen. Der Erwerb des regulären Führerausweises soll auch weiterhin erst mit Erreichen der Volljährigkeit möglich sein. Der Bundesrat lehnt die Motion aus prozeduralen Gründen ab.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Motion wurde während der Herbstsession noch nicht im Nationalrat behandelt. 	<p>14.2004 (Petition Eugen Theodor Fischer): Den Anteil der Kinderarbeit bei Produkten und Dienstleistungen nachweisen. Die Petition fordert, dass der Anteil an Kinderarbeit bei der Erstellung von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen nachgewiesen wird. Dies als Massnahme für den Kampf gegen die Kinderarbeit.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat lehnt die Petition ab.
28.09.2018	<p>15.434 (Parlamentarische Initiative Kessler): Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter. Die Initiative fordert, das Erwerbsersatzgesetz und das Obligationenrecht so anzupassen, dass bei einem Todesfall der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vollumfänglich dem Vater gewährt wird. National- und Ständerat haben der Initiative bereits Folge gegeben, nun geht es um eine Fristverlängerung.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Behandlungsfrist für diese Vorlage wurde bis zur Herbstsession 2020 verlängert. <p>10.3220 (Standesinitiative Kanton Bern): Bezahlter Urlaub für Eltern von schwerkranken Kindern. Die Bundesversammlung wird ersucht, die erforderlichen Rechtsgrundlagen zur Einführung eines bezahlten Urlaubs für Eltern schwerkranker Kinder zu schaffen. Mit dieser Rechtsgrundlage soll es dem einen oder andern Elternteil ermöglicht werden, bei seinem Kind zu sein und es während der akuten Krankheitsphase zu betreuen. Der Vorlage wurde bereits Folge gegeben. Der Nationalrat diskutiert nun über eine erneute Fristverlängerung.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Behandlungsfrist für diese Vorlage wurde bis zur Herbstsession 2020 verlängert. 	



Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p>18.3551 (Postulat Rickli): Massnahmen gegen Mädchenbeschneidungen. Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen Mädchen und Frauen besser vor Genitalverstümmelung geschützt werden können. Es ist auch zu prüfen, warum diese Straftaten in der Schweiz nicht angezeigt werden und wie dies verbessert werden könnte. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und nimmt das Postulat an.	
28.09.2018	<p>Schlussabstimmungen. 17.497 (Parlamentarische Initiative WBK): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes. Die Initiative fordert, dass das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung über den 31. Januar 2019 hinaus um vier zusätzliche Jahre verlängert wird. Ziel der Vorlage ist es, die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder zu fördern und den Eltern so zu ermöglichen, Familie und Beruf oder Ausbildung besser miteinander zu vereinbaren.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die eidgenössischen Räte verabschieden die Vorlage in der Schlussabstimmung mit 104 zu 88 Stimmen bei einer Enthaltung und 27 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Somit wird das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung um weitere vier Jahre verlängert.	